

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Burger, Geisenhofer, Braun, Frau Hürland, Hasinger, Dr. Becker (Frankfurt), Kroll-Schlüter, Frau Karwatzki, Dr. Hammans, Dr. Möller, Bühler (Bruchsal), Dr. Reimers, Höpfinger, Dr. George, Müller (Berlin), Picard, Dr. Hornhues, Weber (Heidelberg) und der Fraktion der CDU/CSU

zur Beratung der Großen Anfrage der Abgeordneten Burger, Geisenhofer, Braun, Frau Hürland, Franke, Frau Dr. Neumeister, Müller (Remscheid), Frau Berger (Berlin), Vogel (Ennepetal), Dr. Reimers, Dr. George, Kroll-Schlüter, Hasinger, Dr. Hammans, Bühler (Bruchsal), Frau Geier, Frau Schleicher, Müller (Berlin), Dr. Becker (Frankfurt), Regenspurger, Biehle, Dr. Möller, Dr. Stark (Nürtingen), Wimmer (Mönchengladbach), Dr. Jenninger, Köster und der Fraktion der CDU/CSU
– Drucksachen 8/1541, 8/2190 –

Lage der Behinderten und Weiterentwicklung der Rehabilitation

Der Bundestag wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert, mit dem Ziel einer nachhaltigen Verbesserung der Lage der Behinderten und einer Eingliederung dieses Personenkreises in Arbeit, Beruf und Gesellschaft folgende Maßnahmen einzuleiten:

1. Vorlage eines Konzepts zur frühestmöglichen Abklärung von Rehabilitationsmaßnahmen, damit im Einvernehmen mit den Behinderten von Anfang an die Durchführung der Maßnahmen unter Einbeziehung aller zuständigen Träger und unter Berücksichtigung aller Gesichtspunkte geklärt wird.
2. Vervollständigung der Eingliederungshilfen im Hinblick auf die berufliche Rehabilitation durch entsprechende Ergänzungen im Wohnbereich.
3. Prüfung, inwieweit sich aus den Auswirkungen der Automation und maschinenhafter Arbeitsabläufe eine Zunahme der psychischen Belastung von Behinderten ergibt und welche Folgen daraus zu ziehen sind.
4. Erstellung einer Übersicht über die bisherige Verwendung der Ausgleichsabgabe und die für die nächsten fünf Jahre vorgesehene Planung bis zum 31. Dezember 1979.

5. Schaffung einheitlicher Richtlinien zur Förderung des Behindertensports durch die Träger der medizinischen Rehabilitation.
6. Fortschreibung des bereits im April 1970 durch die Bundesregierung vorgelegten Aktionsprogramms zur Rehabilitation zum frühestmöglichen Zeitpunkt.
7. Prüfung, inwieweit zukünftig ein angemessener Teil der bislang ungedeckten Kosten der Werkstatt für Behinderte durch die Bundesanstalt für Arbeit übernommen werden kann (insbesondere Kosten des Trainingsbereichs).
8. Prüfung, inwieweit nicht mehr vermittlungsfähige arbeitslose Schwerbehinderte in die Werkstatt für Behinderte aufgenommen werden können.
9. Vorlage eines Konzepts zur Eingliederung besonderer Gruppen von benachteiligten Behinderten, die bisher noch nicht wie andere Behindertengruppen eingegliedert werden konnten. Dies gilt insbesondere für psychisch und geistig Behinderte sowie für Hirnverletzte.
10. Vorlage eines besonderen Förderungsprogrammes für schulentlassene Lernbehinderte.
11. Verbesserung der Koordination bei der Durchführung von Maßnahmen im Bereich der medizinischen und beruflichen Rehabilitation.
12. Alle Maßnahmen und Hilfen für Behinderte sollten grundsätzlich so ausgestaltet sein, daß eine Isolation dieses Personenkreises weitgehend vermieden wird.

Bonn, den 8. Februar 1979

**Burger
Geisenhofer
Braun
Frau Hürland
Hasinger
Dr. Becker (Frankfurt)
Kroll-Schlüter
Frau Karwatzki
Dr. Hammans
Dr. Möller
Bühler (Bruchsal)
Dr. Reimers
Höpfinger
Dr. George
Müller (Berlin)
Picard
Dr. Hornhues
Weber (Heidelberg)
Dr. Kohl, Dr. Zimmermann und Fraktion**